

Haushaltsrede 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Das Jahr 2015 war auf Landes-Bundes- und auch auf Kommunalebene geprägt durch das Thema Flüchtlinge. Deshalb möchte ich auch in meiner Rede dieses zuerst behandeln. Die Stadt Lennestadt war von Anfang an, bedingt durch gute vorhandene Strukturen in der Lage, positiv damit umzugehen. Der Arbeitskreis Integration hat seine Sitzungstermine erhöht, EIL hat sich verstärkt des Themas angenommen... In der Verwaltung und vor allem in vielen Organisationen und bei den vielen ehrenamtlich arbeitenden Mitbürgern ist immens viel Arbeit geleistet worden. Dafür hier meinen herzlichen Dank.

Die Bereitwilligkeit zur Aufnahme und zur Integration von geflüchteten Menschen ist hier auf allen diesen Ebenen vorhanden.

Aber diese Arbeit kostet auch Geld. Dieses Geld aufzubringen ist von den klammen Kommunen allein nicht leistbar. Große Beträge bei den Ankündigungen von Bund und Land zur Unterstützung der Kommunen wurden bei der Realisierung immer kleiner.

Deshalb haben wir die Überlastungsanzeige an Land und Bund mit unterstützt, wobei ganz klar sein muss, Lennestadt ist weiterhin sehr wohl bereit, Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren, dass aber die finanziell notwendigen Mittel dafür auch fließen müssen.

Eine Unterstützung der Kommunen durch Land und Bund ist hier wichtiger als das Einhalten der schwarzen Null.

Dies gilt auch besonders, da die aktuelle Praxis in Europa mit Humanität und Menschenrechten nichts zu tun hat.

Im letzten Jahr haben wir bei der Verabschiedung des Haushaltes 2015 mit ganz viel gutem Willen aber auch mit Bauchschmerzen dem Haushalt zugestimmt. Es hatte viele Gespräche zur Haushaltskonsolidierung gegeben, und es waren einige Kompromisse gefunden worden. Im Laufe des Jahres 2015 stellte sich dann aber heraus, dass es anders als verabredet doch einige Tabus gab. Bei den freiwilligen Leistungen wurde keineswegs gleichmäßig gekürzt. Musikschule, Sportvereine und die Kulturgemeinde haben sich sehr kooperativ bemüht, Einsparungen vorzuschlagen und zu realisieren. Das Gymnasium Maria Königin indes, hat sich nicht nur nicht um Einsparungen bemüht, sondern gleich eine enorme Erhöhung der Zuwendungen der Stadt gefordert. So sieht für uns ein tabuloses Vorgehen bei Einsparungen nicht aus. Ebenfalls mit Tabus belegt sind die Gelder für die freiwilligen Feuerwehren. Auch kann es unserer Meinung nach nicht angehen, dass Firmen ohne Verpflichtung freiwillige Leistungen in 6-stelliger Höhe erhalten. Dieser Betrag ist fast 10 mal so hoch, wie die Ersparnisse, die durch die A bis Z Liste erreicht werden können. Der

Sparwille der beiden großen Fraktionen ist durch diese Beispiele zumindest zu hinterfragen.

Es kann nicht sein, dass nur Sport, Musikschule und Kultur bluten müssen. Eine gerechtere Verteilung wäre hier angebracht.

Für den Bereich Umwelt und Klima möchte ich folgendes anmerken. Seit mehr als einem Jahrzehnt gibt es den Arbeitskreis Agenda 21, der sich u. a. mit Umweltschutz Klimaschutz und Nachhaltigkeit beschäftigt. Einiges wurde bewegt, zum Beispiel ist positiv zu vermerken, dass es der Stadt gelungen ist, durch den Austausch der Straßenbeleuchtung hin zu LED-Technik einen kleinen Schritt voran zu tun.

In der Verwaltung sollte aber auch ein Umdenken in Richtung fair gehandelter Produkte stattfinden. Getränke und Geschenke sollten diesen Kriterien genügen.

Die Einstellung von Geldern im Haushalt für ein Klimaschutzprogramm ist richtig und wichtig. Das Freifeld-Photovoltaik Projekt in Obervalbert eine richtige Entscheidung. Jetzt sollte die Stadt auch ihre Verhinderungspolitik in Sachen Windenergie aufgeben und konstruktiv an der Verwirklichung der Förderung regenerativer Energien und am Klimaschutz arbeiten.

Zum Bereich Schulen:

Die verschiedenen Arbeitskreise für den Grundschulbereich und auch für den Bereich weiterführende Schulen haben zu guten Ergebnissen geführt. Die Maßnahmen im Grundschulbereich sind auf Grund der steigenden Zahlen auch durch Flüchtlingskinder vorerst auf Eis gelegt, und das ist auch richtig.

Im Bereich der weiterführenden Schulen ist entgegen der Empfehlungen des Arbeitskreises gehandelt worden, und das holt uns aktuell mit der Diskussion um die 2 oder 3-Zügigkeit der Realschule Grevenbrück wieder ein. Ich brauche hier nicht weiter zu betonen, dass wir den Beschluss zur Erhaltung dieser Schule für einen großen Fehler halten.

Das Vorgehen der vorgenannten Arbeitskreise zeigt aber im positiven Sinne, dass es zielführend ist, wenn Konzepte entwickelt werden.

Viel zu oft werden Einzelentscheidungen getroffen. Ein Arbeitskreis Sportplätze hat erst einmal getagt, hier muss weitergearbeitet werden. Wir fordern zudem Konzepte zu den Themen: Baugebiete, Leerstand, Umwelt und Klima.

Wir werden im laufenden Jahr nicht in der Lage sein, die 5% Hürde nicht zu reißen. Ein Sparwille muss trotzdem oder auch gerade deshalb weiterhin auf allen Ebenen und zu allen Themen erkennbar und vorhanden sein. Dieser darf sich aber nicht auf die Bereiche Kultur, Sport und Musik beschränken.

Es ist mehr Gerechtigkeit nötig, sonst verärgern wir die, die konstruktiv an Einsparungen mitgearbeitet haben.

Die gleichmäßige Verteilung der Einsparungen ist für uns in diesem Haushalt nicht gegeben.

Wir lehnen den Haushalt 2016 ab.

Christa Orth-Sauer im Namen der Ratsfraktion B'90/Die GRÜNEN